

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

16. WP - 63. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. November 2008, 14 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Zukunft der Landeszentrale für politische Bildung</b>	<b>5</b>
<b>2. a) Bericht des Wissenschaftsministeriums zu den Verhandlungen zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den Hochschulen über Zielvereinbarungen gem. § 11 Abs. 1 Hochschulgesetz für die Jahre 2009 bis 2013</b>	<b>6</b>
<b>b) Lehrerausbildung an der Universität Flensburg</b>	
Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2200	
hierzu: Umdruck 16/3613 und Gespräch mit dem Rektor der Universität Flensburg, Prof. Dr. Dunckel	
<b>3. Minderheitenpolitische Aspekte des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Schleswig-Holstein</b>	<b>10</b>
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1186	
<b>4. Förderung von Ganztagsangeboten an Gymnasien</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1874	
<b>5. Hochbegabtenförderung</b>	<b>12</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 16/1942	
<b>6. Volksinitiative für die Erhaltung der Realschulen</b>	<b>13</b>
Antrag der Volksinitiative Drucksache 16/2267	
Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU und SPD Umdruck 16/3717	

- 
- 7. a) Umsetzung der Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“ 14**
- Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1947
- b) Beitragsfreie Kindertagesstätte, Stärkung der Qualität in den Kindertagesstätten und gesunde Mahlzeiten für alle Kinder**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2019
- c) Umsetzung eines beitragsfreien Kindertagesstättenjahres sowie Fortführung des Projektes „Kein Kind ohne Mahlzeit“ in Schleswig-Holstein**
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/2277
- 8. Bericht zum Schleswig-Holsteinischen Integrationskonzept und zum Nationalen Integrationsplan 16**
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/2188
- 9. Verschiedenes 17**

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Zukunft der Landeszentrale für politische Bildung**

AL Bieler-Seelhoff führt aus, die Landeszentrale für politische Bildung werde als eigenständige Einrichtung weitergeführt und ihre Leitungsposition auf Wunsch des Landesverbandes der Volkshochschulen wieder vom Landesverband der Volkshochschulen entkoppelt. Die Landesregierung habe die Leitungsposition als A15-Stelle intern ausgeschrieben; die Auswertung der Ergebnisse der Stellenausschreibung stehe kurz bevor.

Abg. Birk äußert sich befremdet darüber, dass die Staatskanzlei die Leitungsstelle ausgeschrieben habe, bevor sich das Parlament mit dem Vorgang befasst und eine Meinung zur zukünftigen Struktur und Leitung der Landeszentrale gebildet habe.

AL Bieler-Seelhoff verweist auf die bevorstehende Kuratoriumssitzung am 12. Dezember 2008, in der auch über die Einbeziehung der Parlamentarier in die vom Steuerungs- und Planungsausschuss vorgeschlagene Klausur mit dem neuen Leiter zur zukünftigen inhaltlichen Ausrichtung der Landeszentrale gesprochen werden solle.

Auch die Abg. Weber, Müller und Dr. Klug kritisieren, dass die Staatskanzlei die Personalentscheidung treffen und erst danach die Diskussion über die weitere strukturelle Ausrichtung der Landeszentrale führen wolle.

Auf Fragen aus dem Ausschuss stellt die Abteilungsleiterin dar, dass die grundsätzlichen Ziele, Aufgaben, Struktur und Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung sowie die enge Kooperation mit dem Landesverband der Volkshochschulen nicht infrage gestellt würden. Aufgrund der Sparvorgaben des Finanzministers müsse die Leitungsstelle aus dem Bestand finanziert werden, dafür werde man die Stelle des stellvertretenden Leiters benutzen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) Bericht des Wissenschaftsministeriums zu den Verhandlungen zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den Hochschulen über Zielvereinbarungen gem. § 11 Abs. 1 Hochschulgesetz für die Jahre 2009 bis 2013**

**b) Lehrerausbildung an der Universität Flensburg**

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2200

hierzu: Umdruck 16/3613 und Gespräch mit dem Rektor der Universität  
Flensburg, Prof. Dr. Dunckel

(Fortsetzung der Beratungen vom 18. September 2008)

St de Jager führt in die mit den neun staatlichen Hochschulen des Landes ausgehandelten Zielvereinbarungen ein, Drucksache 16/2321. Die CAU verfolge vier Forschungsschwerpunkte, werde sich an der zweiten Exzellenzinitiative beteiligen und einen Antrag auf Eliteuniversität prüfen. Von der Steigerung der Globalzuschüsse um durchschnittlich 3,6 % profitierten vor allem die CAU und die Universität Flensburg, dessen Budget um 1,4 Millionen € oder 10 % steige. Der Senat der Universität Flensburg halte die finanzielle Ausstattung allerdings für nicht ausreichend, fordere eine Summe von zusätzlich 6 Millionen € jährlich und lehne die Zielvereinbarung daher ab. Die Landesregierung wiederhole ihr Bekenntnis zum Universitätsstandort Flensburg, stelle zusätzliche Mittel in Höhe von 1,4 Millionen € für die Qualitätssicherung der Lehramtsausbildung zur Verfügung und erwarte eine Entscheidung für die strukturelle Weiterentwicklung der Universität auf der Grundlage der Vorschläge der eingesetzten Strukturkommission im Laufe des Jahres 2009. Die in den Haushalt ursprünglich für die Murmann School eingestellten Mittel in Höhe von 500.000 € würden im Wege des Haushaltsvollzugs auf fünf Hochschulen verteilt (S. 5 der Vorlage).

Abg. Herold hält die Weigerung des Senats der Universität Flensburg für ein fatales Signal und appelliert an alle Beteiligten, die Zielvereinbarung zwischen Land und Universität Flensburg noch in diesem Jahr zu unterzeichnen.

Abg. Dr. Klug bittet die Landesregierung, dem Parlament eine transparente und nachvollziehbare Aufstellung vorzulegen, welche Mittel die einzelnen Hochschulen in den kommenden fünf Jahren inklusive der Personalkostensteigerungen tatsächlich erhielten (siehe 5. Vorlage)

Außerdem möchte er wissen, inwieweit die Überlegungen und Forderungen des Bildungsgipfels sowie die Stellungnahme des Universitätsrates in die Zielvereinbarungen eingeflossen seien und die Idee der Murmann School weiterverfolgt werde.

Abg. Weber begrüßt, dass die Landesregierung wesentliche Eckpunkte des Parlaments aufgenommen habe, zum Beispiel die Verbesserung der Gleichstellung und der Lehre - bei den Studienbedingungen wünsche man sich allerdings noch Verbesserungen -, und Schleswig-Holstein durch die CAU bei der nächsten Phase der Exzellenzinitiative dabei sei; hier erwarte man hochschulübergreifende Kooperationen. Bei der Universität Flensburg gehe es darum, eine den Anforderungen der Akkreditierungsagentur genügende Lehrerausbildung zu gewährleisten und die deutsch-dänischen Studiengänge weiterzuentwickeln. Alle weiteren Studiengänge und darüber hinausgehende Wünsche könnten nicht mit derselben Priorität versehen werden; hier müsse man die Empfehlungen der Strukturkommission abwarten.

Abg. Birk vermisst deutliche Erleichterungen für ein Teilzeitstudium und einen Hochschulzugang für Menschen ohne Abitur. Auch sie möchte wissen, welche Mittel tatsächlich an die einzelnen Hochschulen fließen. Außerdem problematisiert sie die vorgeschriebene Höhe der Lehrverpflichtung des wissenschaftlichen Mittelbaus. Die finanzielle und verwaltungstechnische Ausstattung der Universität Flensburg bleibe unzureichend und deutlich hinter der Ausstattung vergleichbarer Hochschulen, zum Beispiel der Pädagogischen Hochschule Vechta, zurück.

Abg. Spoorendonk hält es für notwendig, die Hintergründe der finanziellen Lage der Universität zu berücksichtigen und alles dafür zu tun, die Universität aus den negativen Schlagzeilen der öffentlichen Berichterstattung herauszuholen.

St de Jager sagt zu, dem Ausschuss eine Übersicht über die den einzelnen Hochschulen in den nächsten fünf Jahren zukommenden Finanzmittel zuzuleiten. Ergebnisse des Bildungsgipfels bildeten sich in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen nicht ab. Es gebe eine gesonderte Vereinbarung zu den Mitteln des Hochschulpakts. Sollten die dem Hochschulpakt I zugrunde gelegten Studierendenzahlen nicht erreicht werden, würden die Mittel im Hochschulpakt II entsprechend gekürzt. Mit der Lehrverpflichtungsverordnung habe man klargestellt, dass sich der akademische Mittelbau - wie zum Beispiel an der CAU in beträchtlichem Maße praktiziert - nicht aus der Lehre heraushalten dürfe. Mit den von der Koalition der Universität Flensburg zusätzlich zur Verfügung gestellten 1,4 Millionen € könne man die Lehrerausbildung auf eine gesicherte Grundlage stellen. Die Universität Flensburg befinde sich gegenwärtig in einer ausgesprochen ernsten Situation - ohne Akkreditierung, ohne Präsident und ohne abgeschlossene Zielvereinbarung -, die in den kommenden Wochen abgestellt werden müsse.

Prof. Dr. Dunckel, Rektor der Universität Flensburg, führt aus, trotz der Soforthilfe und der zusätzlichen Mittel in Höhe von 1,4 Millionen € hätten sowohl der Universitätsrat als auch der Senat der Universität empfohlen, die Zielvereinbarung nicht zu unterschreiben. Die Situation des technischen und Verwaltungspersonals sei äußerst prekär und nicht länger zu verantworten. Um die Situation im nicht wissenschaftlichen Bereich zu verbessern, bräuchte die Universität einen Betrag von mindestens 2,7 Millionen €, unter Berücksichtigung der vom Land zusätzlich bereitgestellten Gelder also 1 Million € zusätzlich, um die Hochschule mittelfristig arbeits- und handlungsfähig zu machen und die Infrastruktur zu sichern. Das zentrale Profil der Hochschule bildeten eindeutig die Lehrerbildung und die deutsch-dänische Kooperation. Um beides auf hohem Niveau zu gewährleisten, sei eine ausreichende Finanzierung Voraussetzung. Die Universität Flensburg sei eine der am schlechtesten ausgestatteten Universitäten in Deutschland. Die Mittel des Hochschulpakts seien an die Universität Flensburg nicht geflossen, weil die Studierendenzahl gegenüber dem Basiswert 2005 von 4.400 Studierenden aus verschiedenen Gründen auf jetzt 4.075 Studierende zurückgegangen sei.

Abg. Dr. Klug fragt den Rektor, ob - ungeachtet der Notwendigkeit der Personalverstärkung in den Bereichen Lehre, Infrastruktur, Service und Hochschulverwaltung - sichergestellt sei, dass die Universität die ihr von der Akkreditierungsagentur aufgegebenen inhaltlich-konzeptionellen Nachbesserungen zeitnah abarbeite.

Abg. Birk möchte vom Wissenschaftsministerium wissen, welche Gelder des Hochschulpaktes den Hochschulen tatsächlich zur Verfügung stünden, ob im Zuge der Konzentration der Lehrerbildung in Flensburg wirklich nur vier Stellen von der CAU nach Flensburg verlagert worden seien und ob genügend Lehrernachwuchs ausgebildet werde.

St de Jager erwidert, man gehe davon aus, dass die Kofinanzierungsmittel des Hochschulpaktes in Höhe von 18 Millionen € bis 2010 ausgeschüttet würden. Allerdings nähmen entgegen der dem Hochschulpakt zugrunde gelegten Erwartung von 75 % weniger als 65 % der Abiturientinnen und Abiturienten ein Hochschulstudium auf. Die benötigte Zahl des Lehrernachwuchses schätze man aufgrund der demografischen Entwicklung mittel- und langfristig rückläufig ein. Der Staatssekretär stellt noch einmal klar, die Landesregierung sei nicht in der Lage, der Forderung des Senats der Universität Flensburg nach zusätzlichen 2,7 Millionen € jährlich zu entsprechen.

Prof. Dr. Dunckel nennt noch einmal die vom Senat beschlossenen Konditionen: Auskömmliche Finanzierung, Entwicklungsplanung wesentlich in der Autonomie der Universität und substantielle Verbesserung der Situation des Verwaltungspersonals. Wolle man der Universi-



tät Flensburg auf Dauer eine Perspektive in Norddeutschland geben, müsse man sie auch finanziell dazu in die Lage versetzen. Um die Lehrerbildung, die deutsch-dänischen Studiengänge und die Infrastruktur sicherzustellen sowie die Universität arbeitsfähig zu machen, benötige die Universität über die 1,4 Millionen € hinaus einen Betrag von 1 Million €. Die festgestellten Mängel würden von der Hochschule ernsthaft und mit einem ergeizigen Zeitplan bearbeitet. Probleme bereite der der Hochschulbibliothek zur Verfügung gestellte jährliche Beschaffungsetat, der unter der kritischen Grenze von 400.000 € liege.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Minderheitenpolitische Aspekte des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Schleswig-Holstein**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/1186

(überwiesen am 24. Januar 2007 an den Bildungsausschuss)

Abg. Spoorendonk erklärt, der SSW begrüße die Entscheidung der Koalitionsfraktionen zur Schülerbeförderung außerordentlich, er halte allerdings die Forderung einer gesetzlichen Regelung aufrecht.

Mit Zustimmung der Antragstellerin empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag einstimmig, die Punkte 1 und 3 des SSW-Antrages für erledigt zu erklären. Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der FDP empfiehlt der Ausschuss, Punkt 2 des SSW-Antrages abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Förderung von Ganztagsangeboten an Gymnasien**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1874

(überwiesen am 28. Februar 2008 an den Bildungsausschuss)

Abg. Dr. Klug fragt nach Möglichkeiten, aus Mitteln des Landes und des Bundes Investitionsvorhaben für Ganztagsangebote an Gymnasien über das Jahr 2009 hinaus zu fördern.

AL Dr. Weinriefer-Hoyer weist darauf hin, dass das Land ein Investitionsprogramm zum Schulbau auflegen werde, aus dem wie bisher auch Investitionen an Gymnasien gefördert werden könnten.

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung über den FDP-Antrag bis zur nächsten Sitzung, am 15. Januar 2009, zurück.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Hochbegabtenförderung**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1942

(überwiesen am 24. April 2008 an den Bildungsausschuss zur abschließenden  
Beratung)

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung Drucksache 16/1942 ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Volksinitiative für die Erhaltung der Realschulen**

Antrag der Volksinitiative  
Drucksache 16/2267

(überwiesen am 9. Oktober 2008 an den **Bildungsausschuss**, den Innen- und  
Rechtsausschuss und den Petitionsausschuss)

Beschlussvorschlag der Fraktionen von CDU und SPD  
Umdruck 16/3717

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP wird der Beschlussvorschlag von CDU und SPD, Umdruck 16/3717, angenommen und der Antrag der Volksinitiative für die Erhaltung der Realschule, Drucksache 16/2267, abgelehnt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**a) Umsetzung der Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1947

**b) Beitragsfreie Kindertagesstätte, Stärkung der Qualität in den Kindertagesstätten und gesunde Mahlzeiten für alle Kinder**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2019

(überwiesen am 23. April 2008 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)

**c) Umsetzung eines beitragsfreien Kindertagesstättenjahres sowie Fortführung des Projektes „Kein Kind ohne Mahlzeit“ in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/2277

(überwiesen am 13. November 2008 zur abschließenden Beratung)

a) Nach Auffassung von Abg. Franzen hat sich der FDP-Antrag inhaltlich erledigt.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der federführende Bildungsausschuss dem Landtag - vorbehaltlich des Votums des an der Beratung beteiligten Sozialausschusses -, den FDP-Antrag abzulehnen.

b) Abg. Dr. Klug erklärt, er könne dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den er in einer Reihe von Punkten unterstütze, nicht zustimmen, weil die FDP dafür sei, zunächst das erste Kindergartenjahr beitragsfrei zu gestalten, sowie die Finanzierung über den auslaufenden Schleswig-Holstein-Fonds und eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer ablehne.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der federführende Bildungsausschuss dem Landtag - vorbehaltlich

des Votums des an der Beratung beteiligten Sozialausschusses -, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

- c) Ohne Aussprache nimmt der Bildungsausschuss den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2277 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Bericht zum Schleswig-Holsteinischen Integrationskonzept und zum Nationalen Integrationsplan**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/2188

(überwiesen am 13. November 2008 an den Innen- und Rechtsausschuss, Bildungsausschuss, Sozialausschuss und Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Birk fragt nach Möglichkeiten und Maßnahmen, mehr Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund im Schulunterricht einzusetzen.

Herr Stargardt verweist auf die Möglichkeit, den Aspekt Migrationshintergrund in das Anforderungsprofil einer schulinternen Ausschreibung aufzunehmen, und Maßnahmen zur Erleichterung der Einstellung von ausländischen Lehrkräften in den Vorbereitungsdienst.

Der Bildungsausschuss beschließt, sich der schriftlichen Anhörung des federführenden Innen- und Rechtsausschusses anzuschließen.



Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Abg. Dr. Klug bittet das Bildungsministerium um einen schriftlichen Bericht zum geplanten ÖPP-Projekt **Regionales Berufsbildungszentrum** in Kiel. Insbesondere möchte er wissen, in welcher Höhe die eingeplanten Mittel überhaupt noch verfügbar seien und für welche Zwecke die Gelder für den Fall verwendet würden, dass die Stadt Kiel von dem geplanten ÖPP-Vorhaben Abstand nehme.
- b) Abg. Birk bittet das Bildungsministerium um einen schriftlichen Sachstandsbericht zur Schulentwicklungsplanung in Elmshorn. Sie möchte wissen, wie viele Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen es in Elmshorn geben werde.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:10 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer